

China in Afrika: Positive Effekte?

von Andreas Seifert

Der Zugang zu Rohstoffen, so eine verkürzende Aussage, sei die Triebfeder hinter Chinas Afrika-Engagement. Die chinesische Export-Industrie braucht billige Rohstoffe, um die Produktion zu gewährleisten und damit das Wirtschaftswachstum abzusichern, welches die Grundlage des Entwicklungsprojektes ist: die chinesische Bevölkerung aus der Armut zu führen. Als Rohstoffquellen bieten sich viele Länder und Regionen an – aus einer Reihe von Gründen Afrika aber besonders. Einer der ausschlaggebenden Gründe ist, dass Europa und die USA in den letzten 20 Jahren nur geringes Interesse daran gezeigt haben, positiv auf die Entwicklung in Afrika Einfluss zu nehmen. Chinas Regierung bedient sich in Afrika einer Reihe von Instrumenten und Maßnahmen, um ein positives Klima zu schaffen, aus dem heraus die wirtschaftlichen Interessen verfolgt werden können. Der chinesisch-afrikanische Handel ist seit den 90er Jahren stetig gewachsen. Importierte China aus Afrika 1995 für 1,4 Milliarden USD Rohstoffe und Waren, so waren es 2006 bereits 28,7 Milliarden USD – davon über 95% Rohstoffe. Chinas Exporte nach Afrika sind von 2,5 Milliarden (1995) auf 26,7 Milliarden (2006) gestiegen. Im besten Fall, so die Verlautbarungen aus Beijing, verläuft der Handel zum beiderseitigen Vorteil: Alle sollen verdienen und alle sollen sich entwickeln. Dabei überträgt China implizit einen Teil seines eigenen Entwicklungsweges und bringt ihn mit den Wünschen afrikanischer Länder in Einklang.

Wirtschaftshilfe als Entwicklungshilfe

Es ist notwendig unterschiedliche Akteure auf chinesischer Seite zu identifizieren und ihr Agieren auseinander zu halten, um das Entwicklungshilfemodell zu beurteilen. Der chinesische Staat taucht in Afrika vor allem dann direkt auf, wenn Entwicklungshilfe bzw. Wirtschaftshilfe vergeben wird. Entwicklungshilfe wird in Form von konkreten Maßnahmen vergeben – Krankenhäuser, Malariastationen, Präsidentenpaläste – nicht selten, aber eben auch nicht immer, gebaut von chinesischen Bauunternehmen vor Ort. China bietet auch Kredite an, die dann den afrikanischen Regierungen zur Verfügung stehen, um Schritte in der eigenen Ent-

wicklung zu finanzieren. Verwendet werden diese Kredite vor allem für Infrastrukturmaßnahmen, also Straßenbau, den Bau von Dämmen und Kraftwerken, oder auch für Eisenbahnaufbau und die Entwicklung von Industrieparks. Ein afrikanischer Staat bewirbt sich um einen solchen Kredit und es wird ausgehandelt, wie dieser zurückgezahlt wird. Zentrale chinesische Institution hierfür ist die chinesische Export-Import-Bank (Exim), die den Kredit auch verwaltet. Kommt ein Kredit zustande, zahlt die Exim Bank die Rechnungen des Auftragnehmers der Maßnahme – also nicht direkt an den jeweiligen Empfängerstaat. Die Maßnahme (z.B. ein Kraftwerk) geht dann in den Besitz des Landes über und dieses zahlt den Kredit zurück – aus chinesischer Sicht im besten Fall über die Zusicherung von Rohstofflieferungen oder Abbaulizenzen für Rohstoffe (dieses Grundgerüst wird als Angola-Modell bezeichnet). Als Auftragnehmer im Angola-Modell und bei anderen Hilfskrediten kommen neben den Firmen der Länder selbst vor allem chinesische Firmen in Frage: im Schnitt müssen mindestens 70% der Kreditsumme oder der Aufträge an chinesische Firmen vergeben werden.

Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen (auch in den Rohstoffbereich) sind etwas, was Afrika dringend benötigt – und etwas, für das in westlichen Entwicklungshilfetöpfen kaum Volumen ist. So kommt man zum Ergebnis, dass das chinesische Engagement in Afrika in diesen Bereichen durchaus das Potential hat, einen positiven Effekt auf die weitere Entwicklung der Staaten zu nehmen. Lucy Corkin vom Center for Chinese Studies der Universität Stellenbosch, betont allerdings, dass die afrikanischen Staaten noch nicht so ganz wissen, wie sie mit diesem Potential umgehen sollen und so viele Maßnahmen verpuffen.

Keine politischen Bedingungen

Der pragmatische Ansatz der chinesischen Maßnahmen hat aus Sicht vieler afrikanischer Staaten entscheidende Vorteile: sie haben etwas, was als Kern weiterer Entwicklung taugt und sie haben einen langfristigen Partner/Abnehmer ihrer Produkte gefunden. Und (hier könnte die Kritik auch schon beginnen) sie müssen sich nicht vor-

schreiben lassen, wie sie zu regieren haben. Das Fehlen politischer Konditionen bei der Vergabe der Gelder wird in Afrika selbst als Vorteil gesehen. In Europa sieht man dies (in Politik und Presse) durchweg negativ, da mit dieser Maßnahme, so das Credo, Unrechtsregime am Leben erhalten werden und Korruption gefördert wird – gängige Beispiele sind Zimbabwe, Angola und der Sudan. Jeder dieser Fälle zeigt jedoch im Detail, dass der moralisch hohe Standard der westlichen Seite kaum noch von Belang ist, wenn es um günstige Rohstoffe geht (das angolische Öl fließt nach China und in die USA) und dass es der chinesischen Seite nicht prinzipiell darum geht, ein repressives Regime zu stützen.

Der sudanesischer Konflikt entsteht genau an der Nahtstelle von Ressourcenzugriff. Der – größtenteils noch potentielle – Ölreichtum des Landes hat einerseits dazu geführt, dass der Norden und die Gegend um die Hauptstadt eine erstaunliche Entwicklung erlebt haben, andererseits ist das Bedürfnis nach Absicherung dieses Entwicklungsweges gestiegen. Chinesische Ölfirmen, allen voran CNPC, haben im Sudan die Ausbeutung der Ölquellen überhaupt erst ermöglicht und sehen sich nun mit ungelösten alten Konflikten vor Ort konfrontiert. Die Diskussionen um mögliche Sezessionen des Landes betreffen auch ihre Investitionen – CNPC hat allein aus diesem Grund schon kein Interesse an einer sich verschärfenden Bürgerkriegssituation, die in einer Teilung münden kann/wird. Unter diesem Aspekt liegt es nahe, das Regime in Khartoum dahingehend zu beeinflussen, friedliche Lösungen zu erarbeiten, die die Integrität des Landes nicht gefährden.

Sudan als Stellvertreterkonflikt

Chinas Ölfirmen sind nicht zufällig gerade im Sudan aktiv: Die sudanesischen Öl-Quellen sind eine der wenigen Fördergebiete, die nicht bereits unter den großen (westlichen) Ölfirmen aufgeteilt sind. Der Sudan ist also eines der verbliebenen Länder, in die chinesische Ölfirmen überhaupt investieren können. Das konkrete Verhalten von CNPC im Sudan ist kritisch zu beurteilen, denn es sind mitunter Wünsche und Sicherheitsbedürfnisse der Ölfirma, die die vorhandenen Konflikte zu gewaltsamen Gefechten ausarten lassen.

Der westliche Vorwurf, China würde bewusst oder aus Nachlässigkeit die sudanesischen Konflikte verschärfen, begründet sich unter diesem Blickwinkel selbst als durchaus wirtschaftlich motiviert: denn auch der Westen hat Interesse am sudanesischen Öl (Total zahlt für seine ungenutzte Konzession im Sudan jährlich ca. 1,5 Mil-

lionen Euro an Khartum). Der Zerfall des Sudan in mehrere Teilstaaten würde westlichen Interessen mehr dienen, als ein Sudan, der seine territoriale Integrität behält – oder präziser: Der Westen arbeitet im Sudan auf eine Aufspaltung hin um seinen Konzernen den Zugang zu ermöglichen.

Afrika ist unser

In der westlichen Presse gewinnt man Chinas Afrikapolitik wenig Positives ab – unter anderem chinesische Waffendeals erscheinen bar jeder Moral. China und die chinesischen Unternehmen eröffnen dem afrikanischen Kontinent aber eine Alternative zu der an entmündigenden Umstrukturierungsmaßnahmen geknüpften Entwicklungshilfe der westlichen Staaten. Chinas Hilfe ist aber nur scheinbar an wenig Konditionen geknüpft. Einerseits wird mit dem Argument der Nicht-Einmischung keinerlei politische Verantwortung für das Regime übernommen, das China mit seinen Krediten und Hilfeleistungen unterstützt, andererseits wird implizit erwartet, dass wenn ein Land sich mit chinesischen Firmen (und damit dem Staat)



Gemessen am Finanzvolumen ist China kein nennenswerter Waffenhändler in Afrika, verglichen mit europäischen und amerikanischen Firmen. Chinesische Waffen sind dennoch gerade in den afrikanischen Konflikten von immenser Bedeutung, gerade weil ihr technologisches Niveau gering ist. Handfeuerwaffen sind im Vergleich zu Raketen, Panzern und Flugzeugen billig und universell einsetzbar. Chinas Exportbestimmungen sind lax und Waffenhandel (auch im kleinen Umfang) stellt für den Militärisch-Industriellen-Komplex und die Regierung in erster Linie einen Handel dar.

Foto links übernommen aus der Epoch Times (Onlineausgabe): Ein sudanesischer Zollbeamter kontrolliert Seriennummern von AK-47-Gewehren in El-Fasher. Foto: Marco Longari

einlässt, es auch die chinesischen Spielregeln übernimmt: und diese sind kapitalistisch. Die eingangs unterstellte Situation von beiderseitigem Gewinn realisiert sich nur dann, wenn die afrikanischen Staaten wissen, was sie von China wollen.

Das chinesische Engagement hat Afrika eine neue Aufmerksamkeit auch im Westen beschert und wirkt so als Treibsatz für die weitere Entwicklung – und vielleicht auch für zukünftige Konflikte.

KIT - Keine Militärforschung in der neuen Karlsruher Großforschungseinrichtung

Dokumentation der Pressemitteilung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald

Die Gewerkschaft ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald fordert aus gegebenem Anlass, im Gesetz für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), mit dem die Fusion der Großforschung von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe geregelt werden soll, die Beschränkung auf ausschließlich zivile Forschungszwecke festzuschreiben. In der Satzung des Forschungszentrums heißt es von Beginn an, dass die Forschung ausschließlich friedlichen Zwecken dient (Zivilklausel). Diese Beschränkung für den gesamten Bereich der atomaren und kerntechnischen Großforschung der Bundesrepublik ist die historische Konsequenz aus dem Naziregime. Für Generationen von Forscherinnen und Forschern ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, auf diese Weise ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und ihre schöpferischen Kräfte nur nützlichen, zivilen Zwecken zu widmen.

Wie Wolfgang Eppler, Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums, mitteilt, seien Versuche der Forschungsadministration in früheren Jahren, die Forschungsziele mit militärischen Zwecken zu vermischen („dual use“), von den WissenschaftlerInnen entschieden zurück gewiesen worden. In einem Symposium im

April über die Zukunft der wissenschaftlichen Mitbestimmung sei in Anwesenheit des Vorstands klar gestellt worden, dass die Zivilklausel auch für die KIT-Großforschung Gültigkeit behalten soll. In der Universität gibt es eine derartige Klausel nicht. Der Personalrat der Universität würde die Aufnahme einer Zivilklausel in das KIT-Gesetz begrüßen.

Wie aus einer Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE hervorgeht, versuchen Bundes- und Landesregierung die Festschreibung einer Zivilklausel in das KIT-Gesetz mit zwei Argumentationsmustern zu umgehen:

- a) Die Klausel sei ohnehin Voraussetzung für das KIT.
- b) In der Sicherheitsforschung sei häufig eine Trennung von Zivil- und Militärforschung schwer zu bewerkstelligen („dual-use“-Projekte).

Der ver.di-Fachbereich erklärt dazu, dass allein dieser Widerspruch die Notwendigkeit belegt, diese wichtige Voraussetzung im KIT-Gesetz zu regeln.

Jürgen Ziegler, ver.di-Geschäftsführer, sieht in der Zivilforschungstradition der beiden Forschungspartner angesichts der eher wachsenden Rolle von Wissenschaft und Forschung bei der verantwortlichen

Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung ein großes Glück. Die aktuellen außenpolitischen Entwicklungen (Afghanistan) bewiesen erneut, dass mit militärischen Mitteln weder Sicherheit noch Frieden geschaffen werden. Sie gemahnen immer gebieterischer, Konflikte ausschließlich mit zivilen, wirtschaftlichen und humanitären Mitteln zu lösen. Dazu brauche man gerade solche WissenschaftlerInnen, die im Umfeld der Zivilforschung groß geworden sind und denen es nicht gleichgültig ist, für welche Zwecke ihre Forschungsergebnisse verwendet werden.

ver.di appelliert an die Bundesregierung, das Bundesforschungsministerium und die Landesregierung Baden-Württemberg dafür zu sorgen, dass die Zivilklausel in das KIT-Gesetz übernommen wird. Sie appelliert an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, sich dieser Forderung anzuschließen und auf Umsetzung zu drängen. Die demokratische Öffentlichkeit wird aufgefordert, sich einzumischen.

Die KIT-Forschung muss der gesellschaftlichen Vorsorge gewidmet sein, und nicht Militär, Krieg und Vernichtung!

Dokumentation / ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald